

René Soukup

Neuer Ärger um Lärmschutzwand an der K80



Stefan Flint (v.l.), Jürgen und Dagmar Coordts sowie Christiane Flint von der Bürgerinitiative stehen vor der Lärmschutzwand mit fehlenden Elementen.

Foto: René Soukup

Ingenieurbüro entwickelt gerade Varianten für Neubau einer Lärmschutzwand. Glinder Grundeigner behindert die Vermessungsarbeiten.

Glinde. Büsche und Sträucher zwischen den Grundstücken an der Straße Stübenkoppel in [Glinde](#) und der maroden Lärmschutzwand an der Kreisstraße 80 sind entfernt. Auch die Untersuchung über die Beschaffenheit der alten Stützen ist erledigt. Ein Ingenieurbüro entwickelt derzeit Varianten für einen Neubau. Im Mai will die Stadtverwaltung ihren Favoriten benennen, danach muss die Politik entscheiden. Das Projekt wird also konkreter. Allerdings gibt es ein neues Problem neben der ungeklärten Standortfrage: Ein Anlieger behindert die Vermessungsarbeiten.

„Die Person hat eigenmächtig ihr Grundstück bis zur Wand verlängert inklusive Bepflanzung und verweigert den Rückbau“, sagt Bürgermeister Rainhard Zug. Mehrere Aufforderungen seien ignoriert worden. Der Verwaltungschef ist verärgert. „Es kann nicht sein, dass von der Stadt immer gefordert wird und es dann zu keiner Kooperation bei der Umsetzung kommt.“ Seine Kritik bezieht sich nicht nur auf den einen Bürger. Zug möchte den Anliegern Teile ihrer Grundstücke abkaufen und die Wand weg von der Straße Richtung Häuser versetzen. Er benötigt rund 3000 Quadratmeter. „Alle Nachbarn versichern mir, sie verkaufen nicht“, sagt Dagmar Coordts, Sprecherin der [Bürgerinitiative, die sich 2009 gegründet](#) hat und einen besseren Schutz vor den Geräuschen der Autos und Lastwagen fordert.

Verwaltung hat für 10. März Einwohnerversammlung angesetzt

Coordts und ihre Mitstreiter sind hartnäckig, besuchen die politischen Gremiumssitzungen und

Hamburger Abendblatt - Auszug vom 05.02.22

machen immer wieder auf den Missstand aufmerksam. Entsetzen herrschte, als das Rathaus ihre Flächen als Ackerland bewertete mit 3,80 Euro pro Quadratmeter und den maximalen Verhandlungspreis auf zehn Euro bezifferte. Daraufhin kontaktierte Zug den Gutachterausschuss des Kreises, der neue Grundstückswerte ermittelte. Der Quadratmeterpreis liegt bei bis zu 300 Euro. Anwohner erhielten ein Schreiben mit der modifizierten Einschätzung. „Ein Angebot wurde uns jedoch nicht gemacht. Ich gehe davon aus, dass das Thema vom Tisch ist“, so Coordts. Das ist laut Zug nicht der Fall. „Letztendlich sagen die Techniker, wo eine Wand gebaut werden kann. Der Schlüssel ist die Bodenuntersuchung, die am jetzigen Standort noch durchgeführt werden muss.“ Die Verwaltung hat für den 10. März eine Einwohnerversammlung angesetzt.

Die geschätzten Kosten nur für die Wand liegen zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Euro. Sie ist bis zu acht Meter hoch und 600 Meter lang. Die aktuelle Konstruktion bietet keinen wirklichen Lärmschutz. Es fehlen Elemente des Zauns. Eigentümer der maroden Wand ist Glinde, finanziert wurde sie vom Kreis und der Stadt. Auf der einen Seite gab es einen Bebauungsplan, der einen fünf Meter hohen Lärmschutzwall vorsieht. Auf privatrechtlicher Basis zwischen Kreis und Glinde wurde aber eine Holzwand mit einer dünnen Dämmplatte erstellt. Zuerst hieß es, Anwohner müssten 90 Prozent der Kosten einer neuen Wand tragen. Dann wurde ein Gutachten erstellt. Positiv für die Anlieger der Stübenkoppel: Sie müssen keine Erschließungsbeiträge entrichten.

Initiative beschwerte sich bei Parteien über Bürgermeister

Die Politik hatte 200.000 Euro Planungskosten bewilligt, um endlich voranzukommen. Sollten die Anlieger an ihrem Standpunkt festhalten und sich dem Flächenverkauf verweigern, kann Glinde den Neubau nicht ohne Weiteres an gleicher Stelle erstellen. Denn große Teile der Wand befinden sich auf Reinbeker Stadtgebiet sowie auf Flächen des Kreises Stormarn. Hier müsste Rainhard Zug erstmal eine Einigung erzielen. Untätig ist der Bürgermeister diesbezüglich nicht. Er sagt: „Die Gespräche laufen bislang positiv. Details sind aber noch nicht geklärt.“

Die Initiative hat sich in der Vergangenheit mehrfach über Zug aufgeregt. Im [Dezember 2020](#) beschwerte sie sich bei den Kommunalpolitikern. Der Grund: Die Verwaltung hielt ein Gutachten zurück. Daraufhin schaltete die Gruppe das Landeszentrum für Datenschutz in Kiel ein, erhielt eine Fassung mit geschwärzten Passagen. Nach erneuter Kontaktaufnahme mit der Behörde musste das Rathaus den kompletten Inhalt zur Verfügung stellen.